B 9

24.10.90

EVP 2.00

BÄSÄZA INN'N ZEITUN

Inhaltsverzeichnis

Presseerklärung des VG. 2
Nagel am Momper, intern 3
Scharnweber 38 zu Kastanie-papier 4
Mainzer zu Verträgen 7
Offener Brief 8
Kurzprotokolle B-Rat u. Prenzlbg. 9
Anonymes Flugi aus Friedrichshain 10
Flugblatt der Hafenstraße, Raf 11
Presserklärung zum 3.10. 18
WehrpflichtgegnerInnen 20
Stattbau 22
Berl. Bauwoche, IBA + "Behuts. Stadtern." 23
Internationale Häuserkampftage 24
KULTUR 25

- Antifawoche 25
- Party - Rigaer 77 26
- Kino Anschlag 27
- Konzert + Monatsschau 28
- PubKultur 29
- Klosch 30

Lummer und kein Ende 31
Letzte Nachrichten 33
Termine 34
Na, was wohl, Ihr %&$§?!! 35
Mietvergrab . . . . . Umschlag 36

Artikel in die Mainzer 8, Redaktionsschluß So. 16h, 1-2 cm Rand!

Wir drucken heute nur die Hälfte der Zeitung, weil Leute fehlen, die die Zeitung drucken können.
Wir brauchen Unterstützung, wenn die Zeitung weiter erscheinen soll.
Alle die Lust haben zu drucken oder drucken können, sollen zum nächsten Redaktionstreffen kommen:

~~352~~ Sonst nix BZ.

Im Zuge des Informationsaustausches zwischen Senat / Magistrat und uns BesetzerInnen gelangte dieses interne Info von Bausenator Nagel an Bürgermeister Momper in unsere Finger!!

Betr.: Besetzte Häuser in Berlin 9.10.90

1. Der Magistrat hat in seiner Sitzung am 24.7.90 mit dem Beschluß 96/90 eine Verfahrensweise bei Hausbesetzungen beschlossen; diese Verfahrensweise ist bisher weitgehend, aber nicht vollständig verfolgt worden.

2. Im Verfolg des o.a. Beschlusses betreiben die vor allem betroffenen Wohnungsbaugesellschaften den Abschluß von Verträgen. für 15 Häuser finden z.Z. Verhandlungen statt, in sechs Fällen wurde darüber hinaus bereits Verträge abgeschlossen.

3. Die Magistratsverwaltung für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr hat mit den Gesellschaften die Intensivierung der Vertragsverhandlungen vereinbart, nachdem auch durch ein Gutachten die rechtliche Situation bei den staatlichen und zivilrechtlich verwalteten Häusern geklärt worden ist.

4. Nachdem sich in der 40. Woche die Finanzierung der Instandsetzung und Modernisierung nach wochenlanger Unsicherheit- Wegfall von 130 Mio. DM aus dem Staatshaushalt der DDR- nunmehr durch Mobilisierung zusätzlicher Mittel geklärt hat, hat die zuständige Magistratsverwaltung finanzielle Mittel zur Sanierung legalisierter oder geräumter Häuser zur Verfügung gestellt.

5. Sollten Verhandlungen aussichtslos erscheinen und das betreffende Haus in Kürze saniert werden können, werden die Wohnungsbaugesellschaften Räumungsanträge stellen.

6. In dem o.a. Magistratsbeschluß ist festgelegt worden, weitere Hausbesetzungen zu verhindern. Das ist bisher nicht geschehen. In einem Fall- Niederbarnimstraße 24 in Friedrichshain- ist die von der Wohnungsbaugesellschaft beantragte Räumung von der Volkspolizei zwar begonnen, aber nicht vollzogen worden.
Darüberhinaus war beschlossen worden, das für Häuser in Volkseigentum ein eigenes Räumungsbegehren nicht erforderlich ist; gleichwohl sind auch hier keine Räumungen vollzogen worden.

7. Die Magistratsverwaltung für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr bemüht sich seit Wochen intensiv darum, alle erreichbaren Informationen zu sammeln und für ein abgestimmtes Konzept für das weitere Verfahren aufzubereiten. Alle vorhandenen Informationen sind auch der Senatsverwaltung für Inneres zugestellt worden.

8. Bei allen Aktivitäten zur Lösung des Besetzerproblems muß der große Leerstand im Auge behalten werden. Die Wohnungsbaugesellschaften bemühen sich zwar seit Wochen intensiv darum, den Leerstand zu reduzieren, aber dies ist wegen des hohen baulichen Aufwandes nicht in Kürze befriedigend lösbar. Solange weiterhin besetzungsfähige Häuser in großer Zahl vorhanden sind, können Aktivitäten zur Räumung leicht ins Leere laufen. Wegen der sicherlich zunehmenden Bedeutung des Problems und der neuen Situation nach Übernahme der Polizeigewalt für Gesamt-Berlin schlage ich ein dringendes gemeinsames Gespräch zur Erörterung der politischen Aspekte der Angelegenheit mit dem Senator für Inneres vor.

3

3

Stellungnahme der Scharnweber 38 zum Flugi der Kastanie 86 vom 8.10; und zur Diskussion um Strukturen und Strategien

1. Das Vertragsgremium sollte nochmals die Erfüllung folgender Punkte verlangen:

   a) Wohnungsbaugesellschaften, Bezirke und Magistrat bzw. Senat setzen sich mit uns an den Verhandlungstisch
   b) Die Finazierung der Winterfestmachung wird schnellstmöglich in die Wege geleitet.
   c) Neubesetzungen werden miteinbezogen.

   Wir gehen davon aus, daß der Magistrat ablehnen wird. Wir würden dann von uns aus einen Verhandlungsstop (Moratorium) auf allen Ebenen in die Wege leiten, da alle Verhandlungsansätze uns nur in falscher Sicherheit wiegen würden.
   Das hat sich mitunter bei den Räumungsversuchen und Drohungen in der NB 23 und der Schreiner gezeigt, zu einem Zeitpunkt als das VG in Kontakt mit dem Magistrat gewesen ist.

2. Wir verstehen auch nicht die Eile, mit der hier versucht wird, sich eine staatlich sanktionierte Legitimation zu verschaffen! Sicher ist es traurig, das ganze Häuser abspringen werden. Uns ist auch klar, das den "Herrschenden" viele Instumentarien zur Verfügung stünden, uns räumen zu lassen. Die Frage, ob das nur in der Form passieren wird, das liberale Image zu bewahren, oder ob scharf geräumt wird, können wir hinten anstellen.

JEDOCH:
- Denken wir, das ehe die Besitzverhältnisse geklärt sind , Jahre ins Land ziehen werden (laut Spiegel mindestens 5 Jahre).
- Spekulanten und andere Profitgeier nicht unbedingt auf unsere Häuser und Grundstücke angewiesen sind, um sich auszutoben.
- Es genug Leerstand gibt, der neu zu besetzen wäre. Was von uns unterstützt werden muß, genauso wie eine Mietboykottkampagne.
- Wir haben auch gar keinen Grund in der jetzigen Situation von unseren Forderungen abzulassen.

Informelle Gespräche mit potentiellen BündnispartnerInnen ließen sich auch woanders führen, als in den Bezirksrathäusern!
Damit kein falscher Verdacht aufkommt: Wir sind für Gespräche mit Mietervereinigungen, Bürgerkomittees, dem Bündnis 90, PDS u.a. aber nicht auf Vertragsebene und nicht durchs Vertragsgremium.
Es ist nicht in unserem Sinne, eine Wirkungsweise des VG mitzutragen, die NICHT seinem Auftrag, gemäß seiner Funktion, entspricht.
Das VG sind wir, alle Häuser. Die Delegierten sind beauftragt einen Rahmenvertrag für alle Häuser durchzusetzen.
THATS ALL!!!!

4 4

Gibt es keine diesbezüglichen Verhandlungen ist der Sinn des VG in Frage zu stellen.
Wir wissen aber auch , das es nur das VG, oder einzelne Leute im VG gewesen sind, die überhaupt etwas gemacht haben.
DAS MUß SICH ÄNDERN!!!
Wir glauben auch das es nicht in unserem Sinne sein kann, das das VG Entscheidungen in einer Woche verlangt, oder intern Delegierte zu Entscheidungen drängt.
Es wird sich schwer vermeiden lassen Gespräche immer wieder so zu definieren, daß sie keinen Verhandlungscharakter besitzen, oder als Verhandlungen interpretiert werden können.
Das können wir zwar beteuern, aber wenn Mensch politische Gespräche (zumal in Rathäusern) führt, wo es um eigene(wessen...-kleine Polemik am Rande-) Interessen geht,werden wir schnell in Fahrwasser gelangen, die von der anderen Seite geprägt sind.
Geht es nur noch darum irgendwas, irgendwo abzustauben????!!!!
Wir sehen das Erfordernis aus der Geschichte früherer sozialer Bewegungen zu lernen (und natürlich insbesondere Häuserbewegung). Immer wenn diese Bewegung an den Punkt kommen eine weitere Politisierung abzulehnen wurde nach Institutionen geschielt, die Dynamik ging futsch, die Basis ging ins Privatleben, und die "MacherInnen" agierten auf staatlich tolerierten Terrain.
Die Gefahr sehen wir momentan in unseren schlecht funktionierenden Strukturen, die dazu führen können, daß das VG (oder Einzelne) wirklich noch zum Selbstläufer degenerieren.

Die Kastanie schreibt in ihrem Papier vom 8.10: "In der Kastanie ist es objektiv so, daß die Interessenlage der meisten im Haus nicht der - natürlich richtigen - Maximalforderung des VG entspricht."

Wir stimmen Euch zu. Wir glauben auch, daß die so beschriebene Interessenlage auch auf andere Häuser zutrifft. Wie schon verbreitet liegt es an nicht funktionierenden Strukturen (wo bei die Strukturen nicht an sich schuld sind,sondern, wie die Leute sie nutzen), mangelnde Information, und die Bereitschaft zu diskutieren, was Sinn und Zweck einer Hausbesetzung ist oder sein sollte.
Diesen Punkt aber mit folgenden Vorschlag zu verbinden, dies gewinnt dann selbst Euerseits unpolitischen Charakter:

-Gremien auf Stadtbezirksebene könnten vom VG koordiniert werden, unterschiedliche Angebote gegeneinander ausgespielt werden und auf Bezirksebene keine Spaltung (SIC!) Keine Einzelverhandlungen! Vertragsabschlüsse auf B-Ebene nur nach Absprache mit den anderen Bezirken und dem VG.

Wir glauben das die Thesen konstuiert sind, den realen Verlaufsformen nicht entsprechen, und wir haben auch garkeinen Bock, wie von Euch auf dem BRAt vom 8.10 verkündet, "lieber einen Finger in der Hand zu halten, als sich den ganzen Arm ausreißen zu lassen" (oder so ähnlich)!!!

Für uns ist es nicht nur ein taktisches abrücken, sondern ein Ansatz der dazu führt vielleicht 10 Häuser durchzudrücken, und was meint ihr wer dann alles ganz schnell wohin bröckelt, denn was hätten diese denn für sich gerettet??? ODER AUCH FÜR UNS???

5

WIR FRAGEN UNS:

Ist es erstrebenswert mit höchst wahrscheinlich schlechten Verträgen, isoliert, ohne soz. und politisches Umfeld, in einem ehemals besetzten Haus zu leben?
Was würde passieren, falls sich in diesen Häusern doch eine Vorstellung authentischen Lebens weiterentwickelt, mehr in die Tat umgesetzt wird? Schaut der"Staat" dann nur zu????
Die Häuser müssen/sollen/wollen/brauchen ja nicht Hafenstr. zu sein, sind sie aber auch nicht, weil: wo ist das über Jahre erarbeitete solidarische Umfeld, die Strukturen, die tausende mobilisieren können, die Infrastruktur...

Es müßte wirklich jeder/jedem klargemacht werden, daß Mensch das materielle Bedürfnis (was natürlich völlig legitim ist, und wir auch niemanden was aufzwingen wollen) nach Wohnraum (kollektivem, denn sonst hätten die Leute doch wohl kaum ganze Häuser besetzt) nicht vom politischen Bewußtsein und einer daraus resultierenden Strategie trennen kann.
So schwer dies fällt. So nervig das ist!!1

NOCHMAL: Warum müssen wir hetzen, uns den vorgegebenen Mustern, Verhandlungen u.a. ständig ergeben?
Kollektives Wohnen ist, ob Mensch sich selbst erstmal als "unpolitisch" oder "radikal" begreift, ein Ansatz der es ermöglicht Erfahrungen im Alltag auszutauschen, die politische Qualität können, und es uns ermöglichen mehr und mehr an Authensität, an Autonomie zu gewinnen.

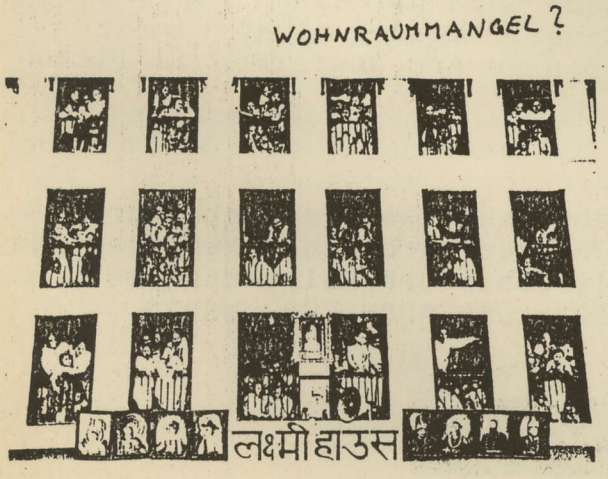
ALSO: Selbst vertragliche Bindungen (siehe Hafen) schützen uns nicht vor staatl. Gewalt, wenn wir uns nicht individualisieren lassen wollen, und uns nicht strengen staatlichen Nutzungskonzepten unterwerfen, wenn wir eigene Lebenszusammenhänge herstellen wollen, und keine staatliche Einmischung!!!!

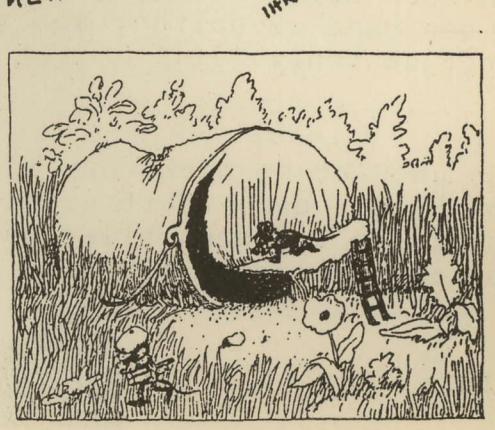
Mit solidarischem Gruß

VENCEREMOS

SCharnweber 38

17.10.90





6

REIN ? ? ? ?

Erklärung und Einschätzung des Mainzer Vertragsplenum :

Wir stellen fest:

1. Der Magistrat hat am 8.10. die Verhandlungen über eine Vorvereinbarung abgebrochen.
2. Das Vertragsgremium hat bisher immer unter dem Konsens gearbeitet, nur mit dem Magistrat zu verhandeln.
3. Folglich können zur Zeit keine Verhandlungen stattfinden.
4. Das VG hat den Sinn, unsere Verhandlungsbereitschaft öffentlich zu machen und die Verhandlungen zu koordinieren, falls es mal wieder dazu kommen sollte. Im Moment ist es nicht soweit.
5. Verhandlungen führen heißt für uns,: Mit kompetenten befugten Vertragspartnern auf einer Verhandlungsbasis über Vertragsinhalte zu diskutieren. Gespräche führen heißt für uns: Informationen einzuholen ohne sich preiszugeben, präsent zu sein, jedoch ohne Verhandlungen zu führen. Im Rahmen des Aufbaus einer Verhandlungsbasis wollen wollen wir mit "verankerten" Personen sprechen.
6. Wenn wir im Gespräch bleiben wollen, müssen wir die Möglichkeit haben, auf allen Ebenen Druck zu machen. Das VG ist dabei für uns nur eine von vielen Möglichkeiten.
7. Zur Verbesserung des Arbeit/Effeckt-Momentes unterstützen wir das Kastanienpapier, und zwar ausdrücklich auf der Organisationsebene, d.h. die jeweiligen Bezirke müssen zuerst in ihrem bezirk klarkriegen, was für Handlungsmöglichkeiten existieren, ohne ständig angepisst zu werden.
8. Zum Problem des ständig wachsenden Mißtrauens:

   Wir gehen davon aus, daß die BesetzerInnen in ihrem Kopf unseren Grundkonsens behalten haben, deshalb verantwortungsbewußt handeln und nicht gelähmt sind. Wir trauen uns gegenseitig zu, selbst denken zu können.

Wir starren nicht wie die Kaninchen auf die Magistratsschlange oder die Bezirksblindschleiche, sondern wir tauchen überall auf und sind handlungsfähig.

20.10., die MainzerInnen

9. Wir stellen uns die Zukunft so vor:

Wir sind Überall,

zahlreich und

unbequem.

RAUS ? ? ?

7

SELBST DAS KLEINSTE LICHT DURCHBRICHT DIE DUNKELHEIT

(Flugblatt der Hafenstraße vom 16.10.90)

anfangs haben wir uns nur widerwillig zusammengesetzt, um eine antwort zu finden auf die staatsschutzlügen. denn wir wollen nicht
reden unter druck und uns keinem erklärungsterror beugen. aber eine antwort ist lebensnotwendig, für uns, besonders aber für kalle und cora und wird mit recht erwartet von menschen, die sich seit jahren für den hafen einsetzen. und ein schweigen dazu überlässt dem bundeskriminalamt (bka) und der bundesanwaltschaft den raum, weiter an den lügen zu basteln - sie zur "tatsachen" zu machen, um dann zuschlagen zu können. sie brauchen dafür diese absurden konstruktionen, weil sich in denen kein mensch wiederfinden kann.

ausgangspunkt des ganzen lügengebildes ist die erlogene raf-mitgliedschaft von zweien von uns, kalle und cora, und von ute hladki und holger deilke aus detmold. ute und holger sind zu einem prozess wegen einer veranstaltung für die zusammenlegung der politischen gefangenen nicht hingegangen - ein mitangeklagter hat für die gleiche veranstaltung 1 1/2 jahre knaststrafe bekommen. die vier - kalle, cora, ute und holger - sollen zusammen in einer bauernkate in lasbek gewohnt haben.
cora sollte 1987 für eine reststrafe von 13 monaten erneut in den knast; obwohl sie gerne hiergeblieben wäre, war für sie das bestimmende, das sie nicht in den knast wollte. sie ging weg von hier, blieb aber im lande. kalle war bis kurz vor der verhaftung von ute und holger immer wieder auch bei uns. 'strafrechtlich relevante' fakten gegen die beiden sind da schlimmstenfalls: zwei motorräder mit geklauten oder gefälschten kennzeichen und die anmietung des hauses in lasbek unter verfälschten namen - das ist alles.
für den 15.5.90 ordnete die bundesanwaltschaft eine razzia gegen unsere häuser an. vorgebliches ziel: fahndung nach den angeblichen raf-mitgliedern karl-heinz gerum und corinna kammermeier, durchsuchung der wohnungen von elf angeblich nahen freunden, so zusammengestellt, daß sie in jedes unserer häuser rein können. busladungen voller spezialisten von bundes- und landeskriminalamt schnüffelten durch unsere häuser. zig hundertschaften polizei und bundesgrenzschutz mit wasserwerfern und anderem schweren gerät besetzten zehn stunden lang die ganze umgebung unter anwendung des notstandsgestzes zur einrichtung von kontrollstellen, beschlagnahmten sachen gleich lkw-weise.
vier monate später bringt der vom verfassungsschutz (vs) und/oder bka gefütterte ehemalige springer-polizeireporter osterkorn über den stern:
das bka hätte bei der razzia mordpläne gegen kohl und andere repräsentanten von staat und rüstungsindustrie gefunden: stadtpläne, in deren wohnorte, standorte für sprengfallen und fluchtrouten eingezeichnet wären. welche von uns hätten ziele ausgespäht, die die raf dann angreifen wolle.

8

der staat träumt vom endsieg. und so wird gleichzeitig die schraube gegen die politischen gefangenen angezogen: es wird

alles zurückgedreht, was der hungerstreik 89 an verbesserungen der haftbedingungen für einen teil der gefangenen - lange nicht alle - gebracht hat; im bundestag wird wieder wie am 18.10. vor 13 jahren von kontaktsperre geredet - damals eine voraussetzung für die stammheimer morde. das informationsblatt der angehörigen der politischen gefangenen, in dem sie seit dem hungerstreik über die situation der gefangenen informieren, wird kriminalisiert.

heute sagt lochte (hamburger verfassungsschutzchef) selber, daß es im mai gar nicht ziel der razzia war, cora und kalle hier zu finden. ziel war, material abzuschleppen, um damit hinterher in ruhe "beweise" zu erstellen. so haben sie in bestimmten wohnungen funkgeräte, computer, autoradios, geld etc. mitgenommen, in anderen zimmern haben sie sich für das gleiche zeug überhaupt nicht interessiert. sie hatten von anfang an vor, gegen bestimmte leute was zu "finden". über einen tisch mit elektromaterialien, lötkolben usw., der bei einem von uns steht, sagten die konstrukteure des bka zum beispiel: "daraus bastel ich dir alles."
und genau **so** arbeitet der staatsschutz auch.
sie nehmen sich tatsachen, biegen sie um und setzen sie neu zusammen, so daß aus geschichten mit völlig anderer bedeutung am ende scheinbar schlüssig steht: ja, es gibt die raf in der hafenstrasse.

so hat das bka aus einem regal mit einer stadtplansammlung die hälfte davon (ca. 5o stück) mitgenommen - **nur** in diesem einen zimmer haben sie sich überhaupt für stadtpläne interessiert, in anderen zimmern haben sie sie liegen lassen. die stadtpläne stammen aus aufgebrochenen autos. wir wissen nicht, wie die markierungen - wenn es sie überhaupt gibt - in die stadtpläne gekommen sind. sie können uns die autos selber vor die tür gestellt haben, weil sie wissen, daß hier autos aufgebrochen werden. die autobesitzer können da markierungen reingemalt haben oder der staatsschutz selber. wir wissen aber, daß bka und geheimdienste solche methoden drauf haben, siehe celler loch.
von uns hat jedenfalls niemand in den stadtplänen rumgemalt!!

diese methode, die der staatsschutz gegen uns anwendet, kennen wir schon lange, wenn auch nicht in der dimension wie heute: immer wenn es konkrete räumungsabsichten gibt, ziehen sie die raf-in-der-hafenstrasse-geschichten aus der tasche:

- 1985 - mit ihren unbewohnbarkeitserklärungen waren sie gerade gescheitert - nahm lochte sich die taz, um fünf von uns zu raf-mitgliedern zu erklären; zwei monate später kam der räumungsversuch vom 5.12.85.
- 1987 nahmen wir uns die schon geräumten wohnungen zurück. es zeichnete sich ab, daß der senat große probleme mit seiner erklärten räumungslinie bekommen würde. auch da tauchte lochte auf: eine aus unserer rathausdelegation bei dohnanyi wäre mitglied in der raf. sie hatte acht jahre zuvor mit anderen zusammen ein dpa-büro besetzt, weil sie auf die lebensbedrohliche situation von zwei politischen gefangenen aufmerksam machen wollte.

der staat hat uns schon lange - lange vor dem 8er vertrag - für gescheitert erklärt. welche dreistigkeit, daß gerade **sie** uns für gescheitert erklären wollen! die geschichtsschreibung, dohnanyi hätte das wunder von hamburg vollbracht und der senat hätte uns mal eine chance gegeben, ist pure propaganda - den vertrag haben wir zusammen mit den vielen anderen menschen dem senat abgerungen, und spätestens seit voscheraus machtübernahme hat der senat nichts anderes gemacht als zu versuchen, den vertrag zu unterlaufen und uns loszuwerden. der mietrechtliche weg uns hier zu vertreiben geht ihnen zu langsam. was sie als rechtsstaatlichen weg behaupten ist vielleicht rechtsstaatlich, aber nicht legetim. sie machen sich ihre gesetze, wie sie sie brauchen und verkaufen das denn als rechtsstaat. lochte hat hamburger wirtschaftsbossen versprochen, daß ende des jahres das problem hafenstrasse aus der welt ist - mit oder ohne räumungsurteil.

alles, was hier ist, ist auf unserem mist gewachsen; wir leben hier seit inzwischen fast zehn jahren und wir haben hier jede menge dran gearbeitet, so gut wie alles hier selber gemacht. von den vom senat zugesagten sanierungsgeldern haben wir kaum eine mark gesehen. der senat hat die häuser zu spekulationszwecken verrotten lassen, von bullen mutwillig zerstören lassen und sogar mit polizeigewalt unsere arbeiten zu verhindern versucht. die häuser sind **unsere**, gegen den senat durchgesetzt, und **der** und seine hafenrand gmbh haben hier überhaupt nichts zu melden. wir sind ihnen keine rechenschaft schuldig. nicht denen, die bei 90.000 wohnungslosen in der stadt sich eine goldene kloschüssel für fast 100.000 dm in's rathaus bauen lassen. nicht denen, die ganze stadtteile umkrempeln - geld rein, arm raus.
wir mußten von anfang an immer wieder um unser leben hier kämpfen, unsere interessen gegen den räumungswillen des senats durchsetzen und wir merken erst recht in solchen situationen wie jetzt, wo die walze auf uns zurollt, daß wir was richtigem auf der spur sind:
natürlich leben wir hier auf keiner insel, haben mit problemen wie geldbeschaffung, alkohol, junk und allen möglichen schattierungen von konsum zu kämpfen. auch wenn wir mit allen unseren widersprüchen nicht immer konstruktiv umgehen und immer wieder gegen konkurrenz, ignoranz und scheißegal zu kämpfen haben - uns und anderen gegenüber - wären wir nicht weit gekommen, wenn wir bei ab- und ausgrenzung stehen geblieben wären. wir gehen davon aus, daß wir unsere probleme und widersprüche selbst regeln können; auch wenn das langwierige und oft anstrengende auseinandersetzungen bedeutet.
uns geht es um die menschen, die möglichkeit für jede und jeden sich verändern zu können, und nicht um "störfaktoren" die zu beseitigen sind mit polizeihundertschaften, zwangsentzug, räumungsklagen, psychiatrie und knast.
es geht um ein leben ohne angst, schuld und strafe.

die langen auseinandersetzungen der letzen jahre schärfen natürlich unser gespür für und unsere verbundenheit mit anderen menschen und bewegungen, die ihre interessen in die eigene hand nehmen. und natürlich auch dafür, daß es jede menge menschen gibt, die genauso angeschissen sind wie wir und noch keine
erfahrungen gemacht haben, daß es auch was anderes geben kann.

spätestens 87, in den barrikadentagen, haben wir selbst an der solidarität so vieler menschen aus allen gesellschaftlichen bereichen erfahren, daß unsere sehnsucht nach einem anderen leben die von vielen ist. das bedürfnis, die eigenen lebensverhältnise selbst zu bestimmen, taucht überall auf, ungeachtet der von oben behaupteten sachzwänge - in den schulen, stadtteilen, universitäten, bei den gruppen, die etwas für die natur tun wollen, als altenbewegung "graue panther", in mieterkämpfen oder den kämpfen von arbeiterInnen im gesundheitsbereich.

noch unmißverständlicher ist das, was die ausgeplünderten der südlichen erdhälfte hierher treibt und treiben wird: hunger.

ein system wie dieses, daß die existenziellen bedürfnisse der menschen nicht befriedigen kann, hat keine zukunft, nur gewalt. es kann nur versuchen, uns, die menschen, als lebendigen widerspruch plattzuwalzen. weil jeder traum, jede vorstellung von 'wie anders leben' und jede erfahrung von 'wie sich damit durchsetzen können' zum zündenden funken werden kann.
gerade diese gesellschaftlichen entwicklungsmöglichkeiten will der staat blockieren.
dagegen werden wir uns stellen.
und darin liegt auch unsere möglichkeit, uns noch mal viel direkter mit all denen zu treffen, die im aufbruch sind.
denn unser kampf um unser leben hier ist auch kampf um den raum, gesellschaftliche prozesse für das leben aller offen zu halten.

deshalb machen wir uns jetzt zusammen genauer gedanken,
wie wir die konstruktionen der staatsschutzbehörden aufdecken und brechen können,
weil aus uns - genau wie aus kalle und cora - etwas gemacht werden soll, was wir und sie nicht sind.
weil wir mit kalle und cora solidarisch sind
weil wir es zum kotzen finden und nicht tatenlos zusehen wollen. wie die beiden gejagt werden
und erst jetzt, weil wir diese ungeheuerlichkeiten erstmal begreifen müssen.
in unserem flugblatt nach der aktion der raf gegen herrhausen und nach der verhaftung von ute und holger haben wir noch gesagt, wir finden es immer richtig, sich dem knast zu entziehen. daß wir uns bisher so ungenau und oberflächlich auseinandergesetzt haben, wenn einzelne von uns in so einer existenziell bedrohlichen situation stecken, hat sicher einen teil dazu beigetragen, daß und wie die entscheidung, wegzugehen, von kalle und cora damals gelaufen ist.
die realitäten angesichts der knallharten bedingungen in diesem staat haben uns eingeholt: wir sehen keine möglichkeit sich der konfrontation zu entziehen und sich eine struktur aufzubauen, in die gesuchte flüchten und dann viel schärfer mit dem konfrontiert sind, wovor sie abgehauen sind - wir wollen nicht durch flucht und exil unser leben hier aufgeben.
die raf hat da klare worte gesagt und wir haben uns darüber gefreut, daß sie diesen brief geschrieben haben.
es ist die verantwortung aller - auch die von kalle und cora - sich so zu verhalten, daß wir zusammen die staatsschutzlügen und das dahinter vernichtungsinteresse vom tisch fegen können.

hafenstraße bleibt!

hafenstraße 16.10.90

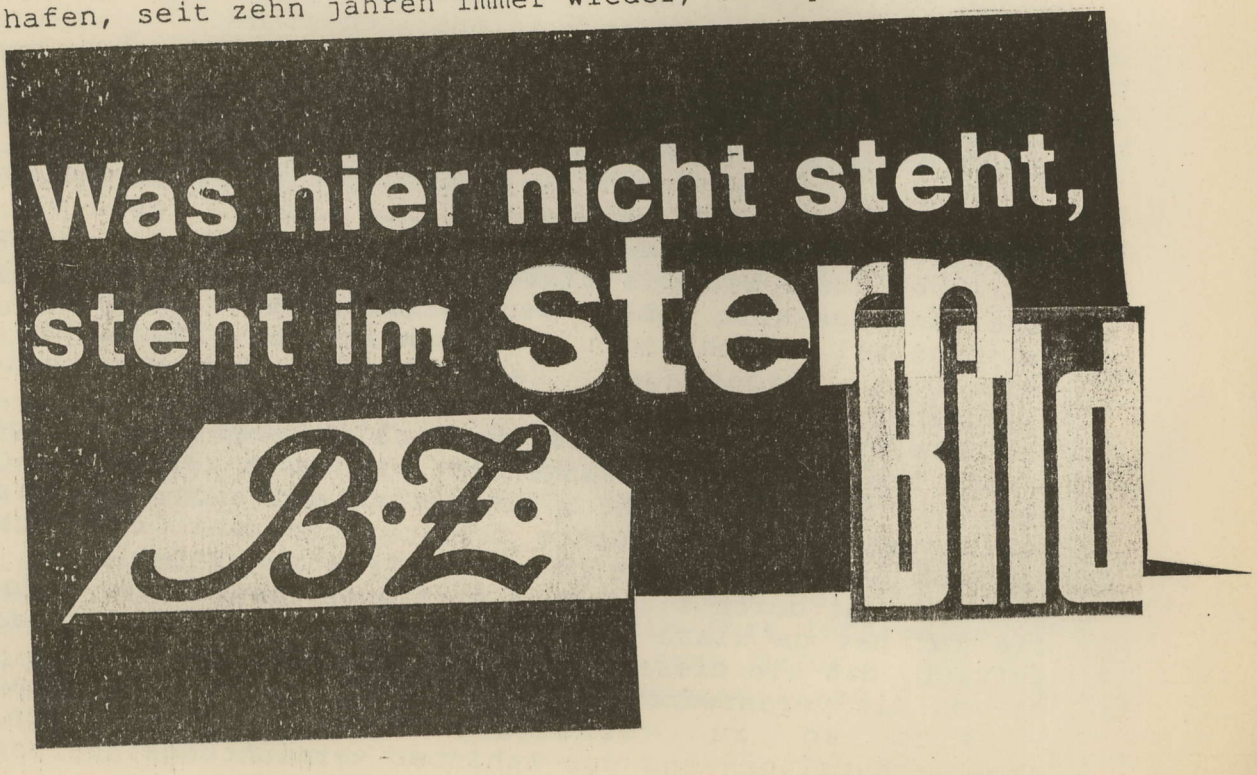
11

WIR FORDERN DEN VOLLSTÄNDIGEN ABDRUCK UNSERER ERKLÄRUNG !
WIR HABEN DAS VERDAMMTE RECHT DAZU, WEIL WIR UNS DIESE BODENLOSE SCHWEINEREI DES "STERN" NICHT GEFALLEN LASSEN WOLLEN UND AUCH NICHT KÖNNEN !

unser `go-in` und `bleib-drin bis ...` wollen wir ganz ruhig und freundlich gegenüber allen, die unter diesem miesen arbeitgeber arbeiten wollen und müssen, durchführen. wir wollen keine militante auseinandersetzung mit niemandem hier.

unser anliegen ist es, dieselben menschen, die die lügen und den
dreck über uns lesen mußten, auf diesem wege zu erreichen. damit alle die wahrheit und wirklichkeit über uns authentisch erfahren können.

für uns steht unser lebenszusammenhang auf dem spiel. und die hafenstrasse ist ein selbstbestimmter lebenszusammenhang von unten für unten. und einer gegen die bestimmung von dem lebensersatz hier in diesem land, von denen da oben. von denen, die in den chefetagen, aufsichtsräten, vorständen, bunkern und gerichten sitzen und in verlagen, banken, industrien, kasernen und abhörsicheren geheimdienstkellern hocken und darüber brüten, mit welchen mitteln und welcher gewalt sie uns niedermachen können. und zwar so, daß keine spur davon übrigbleibt, daß wir unser leben in den häusern am hafen, seit zehn jahren immer wieder, erkämpft haben.



12
15

PRESSEERKLÄRUNG VON TEILEN DER VORBEREITUNG ZUR DEMONSTRATION, "DEUTSCHLAND HALT'S MAUL, ES REICHT!" ZU DEN VORFÄLLEN AM 3.10. AUF DEM ALEX:

Am 3.10. hatten mehr als 15.000 Menschen den Mut, mitten in Berlin am Tage des Anschlußes der DDR gegen die neue imperialistische Weltmacht BRD zu demonstrieren. Es ging darum, gerade an diesem Tag Widerstand zu leisten gegen das willkürliche Zusammenführen von Menschen auf der Grundlage nationalistischer und rassistischer Ideen.
Entgegen aller Provokationen durch die Armada West-Berliner Bullen und westdeutscher Söldlinge aus Polizei und Bundesgrenzschutz, wie willkürliche Verhaftungen bereits im Vorfeld, Rempeleien und unmotivierte Knüppeleien gegen DemonstrantInnen während des Umzugs, hat die demonstration ihr Ziel erreicht..
Nach wüsten Schlägereien durch Sondereinheiten der Polizei und des Bundesgrenzschutzes am Ort der Abschlußkundgebung am Alexanderplatz, wobei viele Menschen verletzt wurden, kam es nicht nur von unserer Seite zu Angriffen gegen Kaufhäuser, Luxushotels und Staatskarossen rund um den Alexanderplatz.

Daran beteiligten sich auch viele BürgerInnen aus der DDR, die sich durch die luxuriösen Feierlichkeiten der Bonzen angesichts der miserablen sozialen Lage in der DDR verarscht vorkamen und darüberhinaus von dem brutalen Vorgehen der westdeutschen Polizei entrüstet waren. Wegen der Spontaneität der Revolte konnten die Bullen durch Überfallkommandos mehrere hundert Leute ernsthaft verletzen oder gefangennehmen. Die Tatsache, daß es unübersehbaren Widerstand gegen das deutsche Staatsgebilde gibt, wurde in der Öffentlichkeit mehr oder weniger verschwiegen.

Die politische Führung der Bullen muß überrascht gewesen sein über die Militanzbereitschaft vieler DDR- BürgerInnen, die sich in einem konkreten Bündnis der Straße ausdrückte. Die Angst, daß die Opfer der Bundesregimes in der DDR sich wehren könnten, sitzt tief.
Nach mehr als einer Woche -solange müßen sie wohl ihre Köpfe angestrengt haben- wird dann der Öffentlichkeit eine Geschichte präsentiert, die auf das übliche Aufstandsbekämpfungsschema zurückgreift, nämlich der Versuch, den Widerstand zu spalten und von der Bevölkerung zu isolieren. Eine Polizistin soll von einem Demonstranten mit einer Eisenstange geschlagen worden sein. Das ganze wird als Mordversuch ausgelegt. Vier Kopfschmerztabletten retteten später glücklicherweise ihr Leben.
Damit soll medienwirksam wieder einmal ein Zerrbild von den "Autonomen" gezeichnet werden, die skrupellos und brutal seien und außer dem "Chaos" keine politischen Inhalte hätten. Die politischen Gründe, warum es zu Auseinandersetzungen kommt, sollen auf der Strecke bleiben, die beteiligten BürgerInnen und sympathisierende in der DDR-Bevölkerung sollen zurückschrecken, mit wem sie da zusammen gekämpft haben.
Das Schema ist alt und leider oft wirkungsvoll: militante Linke= Chaoten, Hafenstraße= RAF, StarbahngegnerInnen= Mörder, mit dem Ziel den Widerstand zu isolieren und dann zu vernichten. Diese harte Linie sehen wir momentan auch wieder gegen die Hausbesetzungen, mit welcher der Berliner Senat seine Hauptstadt- und Metropolenansprüche manifestieren will.
Darüber wundern wir uns nicht, denn unser Gegner kennt keine Moral sondern nur den Opportunismus der Machterhaltung.

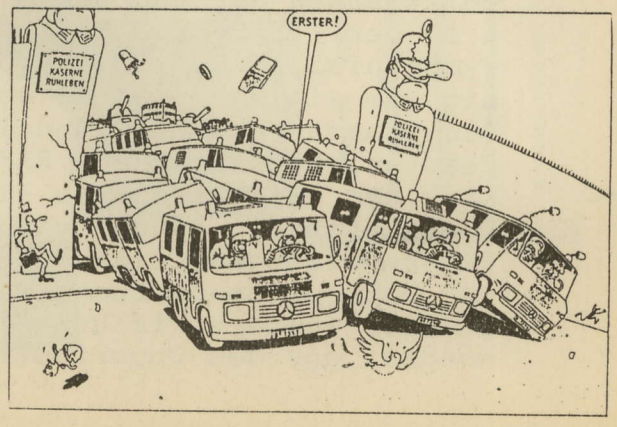
1.

Wir sind davon überzeugt, daß die politische Führung der Polizei letztendlich kein Interesse daran haben kann, den Vorfall weiter zu verfolgen, da sonst auch die Lächerlichkeit des Konstrukts öffentlich werden würde und es somit seine Funktion nicht erfüllen könnte.

Allen ist deutlich geworden, ob als Zuschauer oder direkt Konfrontierte, zu welchen brutalen "Maßnahmen" die Bullen im Auftrag fähig sind. Mit dem Eisenstangenkonstrukt soll verschwiegen werden, daß die Bullen bei ihren Einsätzen bewußt Schwerverletzte und Tote in Kauf nehmen

Außerdem soll damit das einsatztaktische Desaster der Bullen vertuscht werden, die sogenannte "Deeskalationsstrategie", deren Kern letztendlich aussagt, nur die "Richtigen" zu schlagen und zu verhaften, BürgerInnen aber zu verschonen. Hunderten von verletzten oder verhafteten unbeteiligten oder sympathisierenden Menschen wird wohl klargeworden sein, das zwischen den Knüppeln der Stasischergen und der westdeutschen Bullen subjektiv kein Unterschied zu verspüren ist und, so hoffen wir, aus ihrer eigenen Haltung heraus Widerstand gegen das großdeutsche Projekt entwickeln werden.

Die Berliner reagieren auf unkonventionelle Art auf die alten Straßennamen



14
19

AUS DER GESCHICHTE LERNEN HEISST STATTBAU ERKENNEN LERNEN

Anfang 79 wurden die ersten häuser in westberlin besetzt. Die besitzer,vermieter sollten auf diese weise gezwungen werdene einzelne mietverträge zu schließen. Das scheitern dieses konzeptes wurde von einer kampagne gegen den leerstand und den abriss von häusern sowie der damit verbundenen zerschlagung von kiez-soziastruktur begleitet. Nachdem die zahl der besetzen häuser ständig wuchs,wurde eine gesamtberliner "verhandlungslinie" über den b-rat angestrebt. Der senat begann mit der erarbeitung wirksamer gegenstrategien. Der damalige SPD bausenator Harry Ristock am 8.9.80:"Instandbesetzungen sind kein Massenproblem.Die Besetzer müsse man differenzieren." Differenzieren zum beispiel den sich politisch begreifende häuser und häuser welche "nur"die forderung nach alternativen wohnraum stellen,in nicht b.z.w. scheinverhandler und verhandler. Vorbereitend dazu dienten die ständigen räumungsandrohungen sowie hausdurchsuchungen.Im winter 81 beschloß schöneberg bezirklich zu verhandeln. Nach dem scheitern der ersten bezirklichen gespräche brach die unterschwellige angst der bewohnerinnen offen aus,welche in einzelverhandlungen mündete. Die häuser suchten nun nach einem sanierungsträger. Dies war die geburtsstunde von Stattbau, damals Netzbau. Es gab eine zusammenarbeit und personalunion mit Netzwerk. Gert Behrens mitglied des netzwerkvorstandes, mitbegründer der Taz und des Mehringhofs ist gleichzeitig geschäftsführer bei Netzbau. Der Senat mit dem sich abzeichnenden konzept der spaltung und integration von teilen der bewegung schanzt Stattbau 13 häuser in Kreuzberg zu. Als gegenleistung sollen gerade dfaie Schöneberger häuser fallen gelassen werden. Behrens stimmt dem zu und führte alibi-scheingespäche für die Schöneberger häuser, welche sich an Stattbau klammern wie" ein ertrinkender an ein fauliges stück holz."

"Seit 83 etabliert sich Stattbau mit büro, hightech (computer) und bezahlte mitarbeiter. 1984 beträgt das einkommen von Stattbau 6 mio., wovon ca. 1 mio für bürokosten verwendet werden. Die leute in den häusern dürfen für 9,-DM stundenlohn sich erstmal ihre berechtigung auf "bezahlbaren" wohnraum erarbeiten. Als sich der selbsthilfeanteil auf 20% erhöht verändert sich die soziale zusammensetzung der bewohnerinnen. Der sogenannte akademische "alternative" mittelstand hält einzug da nur diese gruppe sich die 20% selbsthilfeanteil " leisten" kann.

Daneben wurden beschäftigungsprojekte für sogenannte "drop outs" von Stattbau iniziert . Dieser personenkreis bei dem die üblichen sozialkotrollen schwer greifen, sollten wieder über das projekt kotrllierbar und damit beherrschbar werden. (Projekt 501)
Unter anderem führten Stattbaumitarbeiter wissenschaftliche arbeiten für das Deutsche Institut für Urbanistik (DIfU) mit der inhaltlichen zielsetzung der "Sozialtechnischen Aufspürung abweichenden Verhaltens und deren kontrolle b.z.w. Sicherung der Herschaftsverhältnisse durch. Gerade dieses DIfU nahm 1978 am BKA Symposium Städtebau und Kriminalität teil. In aller deutlichkeit äußerte sich der geschäftsführer von Stattbau Gert Behrens: "Das ausgelügelste Modell ist dasjenige welches das Sozialpädagogische Intitut und neuerdings die Organisation Stattbau betreiben: zur Legalisierung und damit Befriedung von Hausbesetzern. Während der Renovationszeit erhalten die Selbstbauer also einen Lohn für die Arbeit am Haus, das sie selber bewohnen; und sie sollten sich in dieser Zeit - das ist die Idee -nicht nur rechtlich, sondern auch psychologisch und sozial in Normalmieter verwadeln. Der ganze Ablauf bedeutet eine behutsame Sozialtherapie und damit eine Entschärfung der in den Kreuzberger Kellern eingelagerte Sozialbombe.
Weitere wichtige instrumente zur Spaltung und Integrationsind z.b. die ev. kirche und IBA, auch deren erklärtes ziel ist es die einbindung von protest und widerstand in die behutsame stadterneuerung zur schaffung neuer werte für die es sich mitzuarbeiten lohnt.
"Das die Bewegung so schnell in die Defensive gedrängt wurde, liegt jedoch nicht nur an der Wirksamkeit der staatlichen Gegenstrategien und dem Opportunistischem Verhalten eines Teils der Besetzer, sondern vor allem an der Unfähigkeit des millitanten Teils den Kampf auszuweiten."!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!

c c

entnommen und zum selbststudium empfohlen:

-Obdachlosigkeit, Häuserkampf, Stadtpolitik ausgewählte Beiträge aus der BRD
-Spekulanten auf den mond, damit sich Raumfahrt lohnt Häuserkampf 81/82 (1987)
-Zur Entwicklung der Stadtbaupolitik in der brd
-Wohnungs-und Häuserkampf -Diskussionspapiere Flugis Pressespiegel (1989)

HEILUNG FÜR DIE „KAPUTTE STADT"?

ÜBER DIE BERLINER BAUWOCHEN, IBA UND BEHUTSAME STADTERNEUERUNG

Vom 27.10. bis zum 4.11.90 soll die sogenannte "Berliner Bauwoche" stattfinden. Im Rahmen von städtebaulichen Stadtrundfahrten, Führungen durch Friedrichshain, Talkshows, Vorträgen etc. werden dabei Wohungsmodernisierungen in Selbsthilfe und behutsame Stadterneuerung propagiert.

Mensch kann diese Bauwochen im Zusammenhang mit der Entwicklung und Durchsetzung von wohnungspolitischen Strategien für den Ostteil der Stadt sehen. Denn nicht ohne Grund erinnern diese Aktivitäten an die Reaktion des Senats auf das Scheitern der Kahlschlagsanierung, das sich anfangs der 80er Jahre, u.a. in der starken Häuserbewegung zeigte. Damals wurde mit der Internationalen Bauausstellung (IBA) eine Institution der modernen Städtebauplanung geschaffen.

Die IBA sollte Lösungsansätze zur "Rettung der kaputten Stadt" erarbeiten, d.h. die Herausbildung von "Problembezirken" bekämpfen. Denn solche blockieren durch das Abschrecken von Investoren etc. die Entwicklung des Kapitals.

Diese Form der "behutsamen Stadterneuerung" bezweckt eine Neustrukturierung der betroffenen Bezirke: Es werden neue "Werte" geschaffen, für die es sich vorgeblich lohnt, mitzuarbeiten. Protest und Widerstand wird sozialpädagogisch handhabbar und kanalisierbar. Durch gezielte Maßnahmen wird eine "Durchmischung" der Bevölkerung, eine gegenseitige soziale Kontrolle maximiert und so die Entstehung "gesellschaftlicher Protestpotentiale" verhindert.

Die Konzepte der "behutsamen Stadterneuerung" sind nicht "vor Ort" in Auseinandersetzungen mit den Betroffenen entstanden, sondern sie haben sich dort bewährt und sind anhand der gemachten Erfahrungen weiterentwickelt worden. Abgestimmt werden die Pläne an anderem Ort: "BKA plant - IBA baut" heißt eine Kurzformel, deren Richtigkeit durch einen Blick in die BKA-Broschüre "Städtebau und Kriminalität" leicht zu bestätigen ist.

Damit ist die "behutsame Stadterneuerung" Teil der kapitalistischen Verwertung. Sie ist das Zuckerbrot "Reform" gegen den Anspruch auf die gesamte Bäckerei. "Wenn sich kollektive Ansätze zur Beseitigung von Mißständen in der Wahl der Kampfformen von vorneherein eingrenzen lassen oder eingegrenzt sind, weil die Sozialarbeiter sonst ihre Jobs verlieren würden, lassen sie sich als "Frühwarnsysteme" aber mehr noch zur Unterdrückung weitergehender Aktionen einbauen." (Autonomie, NF Nr. 3, Die Zweite Zerstörung Deutschlands).

PS: Das offizielle Programm der Berliner Bauwochen gibt es bei der Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen, Württembergische Str. 6, 1 Berlin 31. Versalzen wir ihnen ihre Bauwochen!

EAT THE RICH!!!

Literatur zum Thema:

Broschüre "als das kriegsbeil ausgegraben wird"
Broschüre "materialien zur stadtentwicklung"
Broschüre "materialien zur funktion der sozialstrategen stattbau & co."
Autonomie, Neue Folge Nr. 3, Die zweite Zerstörung Deutschlands

16

23

INTERNATIONALE HÄUSERKAMPFTAGE GEGEN UMSTRUKTURIERUNG
Zwischen Weihnachten und Sylvester in Berlin...

Aufgrund der zahlreichen Häuserräumungen der letzten Zeit (z.B. Mailand, Kopenhagen, Groningen, Paris, Duisburg, Wiesbaden, Westberlin...) entstand die Notwendigkeit und der Wunsch, Erfahrungen auszutauschen und eine kontinuierliche Diskussion zu beginnen.

Wir wollen gemeinsam handlungsfähig werden, wollen dieser Entwicklung - besonders der Tatsache, daß bis 1992 alle besetzten Häuser in Europa geräumt sein sollen -, der kapitalistischen Umstrukturierung, EG `92 etc. nicht länger zusehen, sondern überlegen, wie wir unsere Häuser und Zentren zusammen durchsetzen können.

Das genaue Programm für den Kongress wird noch erarbeitet. Wenn Ihr also Interesse habt zu kommen, müßt Ihr Euch an die Kontaktadresse wenden:

schwarzmarkt
paulinenstr. 15
2000 Hamburg 30
Stichwort: konterkariert

17

TERMINE !!!

LEERE HÄUSER WARTEN NOCH AUF BESETZER/INNEN !!!

DONNERSTAGS – ALTERNATIVE WOHNUNGSSUCHE FÜR POLITISCHE LEUTE
UM 20:: IN DER RIGAER STRAßE 78

ENDE DES JAHRES : INTERNATIONALE HÄUSERTAGE HIER IN BERLIN !?!

DO, 25.10. 5. KONZERT MIT DEN HÄWI MÄDELS UND MIT SLIPS REVENGE, 3,–, 19:: KASTANIENALLEE 85/86

DO, 25.10. AK KRAAK: MONATSSCHAU, DANACH KIEZDISKO
21:: KINZINGSTR. 9 FABRIKETAGE FRIEDRICHSHAIN

FR, 26.10. FETE, FILM, MUSIK, PERFORMANCE, RIGAER 77

FR, 26.10. 21:: VIDEOKINO ANSCHLAG : CORCILLER (M. JONNY ROTTEN)
KREUTZIGERSTR. 18 (HOF) 1035 FRIEDRICHSHAIN

FR, 26.10. MINDERHEITENPROGRAMM : KLOSCH-MUSIK
23:: FORELLE BLAU MAINZER 5

SO, 28.10. KABARETT-PREMIERE "DR. SELTSAM"
13:: CAFÉ SUBVERSIV – BRUNNENSTR. 6-7

SONNTAGS 18:: VOLXKÜCHE

SO, 28.10. AK KRAAK: VIDEOZEITSCHRIFT 9/10'90, 60 min VK ANSCHLAG → 20:: (ORT SIEHE 26.10.!)

SO, 28.10 21:30 HAUSERREIHE: KRAAK DE LEEGSTAND 1988 (ORT SIEHE 26.10.)

SO, 28.10. MAINZER 22 SPIELPLATZ-WEITERBAU

MO, 29.10. B-RAT ADALBERT 32, 20::

MI, 31.10. 20:: AK-KRAAK: VIDEOZEITSCHRIFT 9/10'90 VK ANSCHLAG! (ORT SIEHE 26.10.)

MI 31.10 21:30 IRGENDWIE, IRGENDWO, IRGENDWANN (HAUSER-HAFEN-88-8) (")

! → DONNERSTAGS FRAUEN-LESBEN VV (ORT IN DER MAINZER 3 ERFRAGEN)

NÄXTE B2 HOFFENTLICH MIT FITTEN DRUCKER/INNEN!!!
REDAKTIONSSCHLUß SO 16:: , BRIEFK. MAINZER 5, REDAKTION MAINZER 8

DONNERSTAGS
FREITAGS
SAMSTAGS KOCHWITZSTR. 64 HH 22:: – 6:: SOS – DISKO + PUB

26.10. FILM + PARTY RIGAER 77 !